

Berlin, April 2023

Agrarteil neu verhandeln! Position zum Freihandelsabkommen EU-Mercosur

DBV-Positionspapier

Der Deutsche Bauernverband unterstützt die Ziele der Europäischen Kommission für strategische Autonomie und den Kurs für eine nachhaltige und durchsetzungsfähige EU-Handelspolitik. Eine stabile und krisensichere Versorgung der heimischen Bevölkerung mit gesunden und erschwinglichen Lebensmitteln ist und bleibt Kernaufgabe der Landwirtschaft. Die Krisen der letzten Jahre haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine starke heimische Landwirtschaft und eine europäische Lebensmittelverarbeitung für die Versorgungssicherheit sind.

Die deutschen Bauern stehen grundsätzlich zum Handel. Aber Handel braucht Regeln. Nur so kann Handel positiv für Wirtschaft, Gesellschaft, Verbraucher und das internationale Miteinander sein. Für eine nachhaltige Landwirtschaft ist es existenziell, dass im Agrarhandel vergleichbare Mindestanforderungen im Umwelt-, Klima- und Tierschutz befolgt werden. Das ist aktuell bei den Mercosur-Ländern bei weitem nicht Fall.

Die Europäische Union strebt mit dem Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie eine globale Vorreiterrolle im Klima- und Umweltschutz an und stellt Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt der neuen Handelsstrategie. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft droht aber durch immer ambitioniertere Standards und zunehmende regulatorische Eingriffe verloren zu gehen.

Durch die Zugeständnisse zur Marktöffnung für die Mercosur-Länder im verhandelten Freihandelsabkommen droht der heimischen Erzeugung die Verdrängung durch Agrarimporte und entsprechende „Leakage-Effekte“ zu Lasten von Verbrauchern, Landwirten, Tieren, Umwelt und Klima. Das betrifft trotz Zollkontingenten insbesondere sensible Sektoren wie Rindfleisch, Geflügelfleisch, Schweinefleisch, Schafffleisch, Zucker, Ethanol, Honig und Reis. Hier drohen negative Folgen für die heimische Erzeugung, die das Ziel der strategischen Autonomie untergraben würden. Dies gilt insbesondere, wenn zusätzlich zu Mercosur die Folgen weiterer Handelsabkommen hinzukommen (kumulative Auswirkungen).

Das EU-Mercosur-Abkommen steht damit exemplarisch für eine fehlgeleitete Handelspolitik. Der agrarhandelspolitische Teil des Abkommens muss dringend neuverhandelt werden, um die europäische Landwirtschaft bzw. die Ernährungsautonomie der EU zu sichern.

Forderungen und Empfehlungen für das Mercosur-Abkommen

Zur Durchsetzung europäischer Standards:

- Das Mercosur-Abkommen muss die Ergebnisse der Verhandlungen des European Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie berücksichtigen und daran angepasst werden. Vor allem dürfen Agrarimporte aus den Mercosur-Ländern die immer höheren und kostenintensiven EU-Standards im Verbraucher-, Umwelt-, Klima- und Tierschutz nicht unterlaufen. Das Abkommen muss eine spezifische Klausel enthalten, wonach Agrarprodukte nur dann zollfrei gehandelt werden, wenn sie europäischen oder gleichwertigen Umwelt-, Klima- und Tierwohlstandards entsprechen, und zwar hinsichtlich der Produkt- und Prozessstandards.
- Exemplarisch heißt dies, dass Agrarimporte nach dem Mercosur-Abkommen nur möglich sein können, wenn dort die gleichen Reduktionsstrategien bei Pflanzenschutz, Düngung und Antibiotika – abgesehen von der daran zu übenden Kritik – umgesetzt werden. Mittels Audits und Inspektionsbesuchen durch EU-Institutionen sollte die Einhaltung europäischer Standards gewährleistet werden.
- Allgemeine Bekundungen und Zusatzprotokolle für mehr Nachhaltigkeit und den Schutz des Regenwaldes reichen nicht aus. Notwendig sind konkrete und sanktionsbewehrte Importregeln.
- Lebensmittel und Agrargüter, welche mit in der EU verbotenen Substanzen oder Verfahren hergestellt wurden, dürfen nicht in die EU eingeführt werden.

Zu Kennzeichnung und Verbraucherschutz:

- Europäische und regionale Erzeugnisse müssen für die europäischen Verbraucher klar erkennbar sein, damit sie regionale Wirtschaftskreisläufe durch ihre Kaufentscheidung stärken können. Importware aus Drittländern muss als solche gekennzeichnet werden.
- In der Farm-to-Fork-Strategie angekündigte EU-Labeling-Systeme (z.B. für Tierwohl und Nachhaltigkeit) müssen zwingend Einfuhren aus Drittländern miteinbeziehen. Das muss im Mercosur-Abkommen abgesichert werden.
- Darüber hinaus können privatwirtschaftliche Branchenstandards in Deutschland und der EU entwickelt werden, die mittels Zertifizierungssystemen Importe von Agrargütern, welche diese Standards unterlaufen, unmöglich machen. Kehrseite ist die damit verbundene Bürokratie entlang der Wertschöpfungskette. Deswegen muss im Regelfall der Schutz vor Standard-Dumping durch die Handelspolitik selbst erfolgen.
- Wir kritisieren, dass der heimischen Wirtschaft durch Lieferkettengesetze zusätzliche kostenintensive Auflagen gemacht werden, die uns im Wettbewerb benachteiligen, während die Handelspolitik diese Standards selbst unterläuft. Die Einhaltung von Menschenrechten und Nachhaltigkeit kann nicht in dieser Weise privatisiert werden.

Zu Importkontrollen und Folgenabschätzungen:

- Erforderlich ist eine Überprüfung des Überwachungs- und Kontrollsystems von Agrarimporten dahingehend, ob dieses wirksam die EU-Umwelt- und Verbraucherstandards schützt bzw. schützen kann.
- Notwendig ist eine umfassende Aktualisierung der Folgenabschätzung der kumulativen Auswirkungen der Freihandelsabkommen unter Berücksichtigung des European Green Deals und der Farm-to-Fork-Strategie, einschließlich einer Bewertung der sektoralen Auswirkungen.

Der DBV fordert von der EU-Kommission, vom EU-Ministerrat und vom EU-Parlament, das Mercosur-Abkommen neu zu verhandeln mit dem Ziel einer wirksamen und konsequenten Verankerung der hohen EU-Standards und der Farm-to-Fork-Strategie.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die drohenden negativen Effekte und Risiken des Mercosur-Abkommens für die Zukunftsperspektive der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft ernster zu nehmen. Generelle Hinweise auf geopolitische und gesamtwirtschaftliche Vorteile reichen nicht aus. Es bedarf eines schlüssigen Konzeptes, wie ökologische Standards wirksam in der Handelspolitik verankert werden.

Auf dieser Basis ist der DBV bereit, in einen konstruktiven Dialog über praktikable Lösungen einzutreten, die für die heimischen Landwirte und Verbraucher wie auch für die internationalen Partner von gegenseitigem Vorteil sind.